

Dienstleistungsrecht in der EU

Handbuch des Rechts der Europäischen Union zum freien Dienstleistungsverkehr

von
Prof. Dr. Christian Calliess, Dr. Stefan Korte

1. Auflage

[Dienstleistungsrecht in der EU – Calliess / Korte](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Europarecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 59550 9

Calliess/Korte
Dienstleistungsrecht in der EU

beck-shop.de

beck-shop.de

Dienstleistungsrecht

in der EU
beck-shop.de

Handbuch des Rechts der Europäischen Union
zum freien Dienstleistungsverkehr

von

Prof. Dr. Christian Calliess, LL.M. Eur.

Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht an der FU Berlin
und Inhaber eines ad personam Jean Monnet Chair für Europäische Integration
Richter im Nebenamt am OVG Berlin Brandenburg

und

Dr. Stefan Korte, Dipl.-Kfm.

Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht
an der FU Berlin



Verlag C.H. Beck München 2011

Zitiervorschlag:
Calliess/Korte, EU-Dienstleistungsrecht, § ..., Rn. ...

beck-shop.de

Verlag C.H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 59550 9

© 2011 Verlag C.H. Beck OHG,
Wilhelmstr. 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckhaus Thomas Müntzer GmbH
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza
Satz: Textservice Zink
Neue Steige 33, 74869 Schwarzach

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff).

Vorwort

beck-shop.de

Der Markt für Dienstleistungen ist von enormer wirtschaftlicher Bedeutung und steht nicht von ungefähr im Mittelpunkt der sog. Lissabon-Strategie, mit deren Hilfe der europäische Binnenmarkt bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt erstarren sollte. Neben den primärrechtlichen Garantien der Dienstleistungsfreiheit steht insoweit die sog. Dienstleistungsrichtlinie im Mittelpunkt. Von diesem Ausgangspunkt aus werden aber auch andere Sekundärrechtsakte mit Dienstleistungsbezug wie die sog. Berufsanerkennungs-, Finanzmarkt-, Banken- oder Versicherungsrichtlinie erfasst. Der Fokus liegt dabei auf der supranationalen Regulierung vorübergehender grenzüberschreitender Tätigkeiten. Ausgeklammert bleiben in der Folge vor allem das GATS sowie das europäische Niederlassungsrecht, auch wenn hier wie dort enge Bezüge zum Recht des freien Dienstleistungsverkehrs bestehen.

Das Werk verdankt seine Entstehung auch der tatkräftigen Unterstützung verschiedener Lehrstuhlmitarbeiter. Insbesondere ist insoweit Herrn Morten Göke für seine hilfreiche Unterstützung im Rahmen von § 3 zu danken. Die studentischen Hilfskräfte Romy Alinsky und Marc Lendermann halfen bei der Materialbeschaffung zu den §§ 1 und 5. Xenia Zwanziger, Sharona Moreitz und Hannes Köhler machten sich um die Kontrolle und Ergänzung der Fußnoten verdient. Bei den Fahnenkorrekturen unterstützen Sarah Koch und Jacob von Northeim. Ihnen allen danken wir. Der Fußnotenapparat ist auf dem Stand des Frühjahrs 2010. Zwischenzeitlich erschienene Literatur und Rechtsprechung konnte nur teilweise eingearbeitet werden.

Die Diskussion um das Recht des freien Dienstleistungsverkehrs in Europa wird mit dem vorliegenden Handbuch sicher nicht beendet sein. Die Verfasser hoffen aber jedenfalls, zur Klärung der vielfältigen Rechtsfragen beitragen zu können. Anregungen und Anmerkungen werden per E-Mail erbeten an europarecht@fu-berlin.de.

Berlin, im Herbst 2010

*Christian Calliess
Stefan Korte*

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

beck-shop.de

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXXI

1. Teil. Grundlagen des Rechts zum freien Dienstleistungsverkehr in Europa

§ 1 Geschichtliche Entwicklungslinien	1
A. Die Erbringung von Dienstleistungen im Altertum	2
I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	2
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	3
III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor	3
B. Die Erbringung von Dienstleistungen im Mittelalter	5
I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	5
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	6
III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor	7
C. Die Erbringung von Dienstleistungen in der Moderne	9
I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	9
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	11
III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor	12
D. Die Erbringung von Dienstleistungen in der Gegenwart	14
I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	14
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	16
III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor	18
IV. Die Entwicklung des EU-Dienstleistungsrechts im Besonderen	20
§ 2 Ökonomische Grundlagen	27
A. Ökonomisches Dienstleistungsverständnis	28
B. Ökonomische Kennzeichen des Dienstleistungssektors	29
C. Erklärungsansätze der Tertiarisierung	31
I. Angebots- und Nachfragehypothese	31
II. Outsourcing	32
III. Katalysatorfunktion	32
IV. Informations- und Kommunikationstechnologie	33
D. Makroökonomische Implikationen	33
I. Auswirkungen auf die Produktivität	33
II. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt	33
E. Internationalisierung der Dienstleistungswirtschaft	35
I. Leistungsformen	35
II. Effekte und Potenziale	36
III. Reaktionen in der unionalen Rechtsetzung – Die Dienstleistungs- richtlinie	37

2. Teil. Freier Dienstleistungsverkehr im Primärrecht

§ 3 Dienstleistungsfreiheit	43
A. Gewährleistungsgehalt	46
I. In sachlicher Hinsicht	46

Inhaltsübersicht

II. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	58
III. In persönlicher Hinsicht	68
IV. Bereichsausnahmen	70
B. Beeinträchtigung	78
I. Taugliche Formen	79
II. Taugliche Verpflichtungsadressaten	90
C. Rechtfertigung	94
I. Methodik des Gerichtshofs	94
II. Abschließendes Sekundärrecht	95
III. Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	98
IV. Verhältnismäßigkeit	106
D. Sonderfall Schutzpflichten	120
I. Herleitung	120
II. Auswirkungen auf das Vergabeverfahren	121
E. Legalausnahme des Art. 106 Abs. 2 AEUV	123
I. Tatbestand	124
II. Rechtsfolge	128
F. Konkurrenz zum Europäischen Wettbewerbsrecht	128
I. Verpflichtungsadressaten der Art. 101 ff. AEUV	128
II. Gewährleistungsgehalt der Art. 101 ff. AEUV	129
III. Auflösung des Konkurrenzverhältnisses	130
§ 4 Bindungen der unionalen Rechtsetzung	135
A. Formelle Bindungen	136
I. Binnenmarktbezogene Kompetenzgrundlagen	137
II. Verkehrsbezogene Kompetenzgrundlagen	147
III. Schutzzumfangsbezogene Kompetenzgrundlagen	150
B. Materielle Bindungen	152
I. Bindungsgrund	152
II. Bindungsumfang	154
3. Teil. Freier Dienstleistungsverkehr im Sekundärrecht	
§ 5 Sekundärrecht im Allgemeinen und Regulierung nationaler Residuen	185
A. Verhältnis der Dienstleistungsrichtlinie zu anderen Unionsakten	187
B. Dienstleistungsbegriff	188
I. Definition	188
II. Exemplarische Subsumtion	188
III. Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	190
C. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	191
I. Umfassender Ansatz als Ausgangspunkt	191
II. in horizontaler Hinsicht	191
III. in vertikaler Hinsicht	287
§ 6 Die Ausformung des freien Dienstleistungsverkehrs in der Dienstleistungsrichtlinie	316
A. Freiheit der Dienstleistungserbringung	318
I. Entstehungsgeschichte	318
II. Gewährleistungsgehalt	321
III. Beeinträchtigung	326
IV. Rechtfertigung	330
V. Ausnahmen nach den Art. 18, 35	380
VI. Verhältnis zu Bestimmungs- und Herkunftslandprinzip	384

VII. Konkurrenz zu Kapitel V	385
VIII. Widerspruch zu anderen Sekundärrechtsakten	388
B. Freiheit des Dienstleistungsempfangs	391
I. Unzulässige Diskriminierungen	391
II. Unzulässige Beschränkungen	396
III. Anwendbarkeit des Art. 17	400
C. Bedeutung der Art. 56 f. AEUV	401
I. Rückgriffsmöglichkeiten	401
II. Künftige Bedeutung	401
4. Teil. Umsetzung ins deutsche Recht	
§ 7 Umsetzungsmaßnahmen	405
A. Gewerberecht	406
I. Materieller Inhalt der in § 4 Abs. 1 GewO enthaltenen Privilegien	406
II. Anwendungsbereich der in § 4 Abs. 1 GewO enthaltenen Privilegien	407
III. Niederlassungsbegriff	407
IV. Auswirkungen auf das Verordnungsrecht	408
B. Verwaltungsverfahrenrecht	408
I. Umsetzungsmechanismus	409
II. Allgemeine Grundsätze	409
III. Allgemeine Hilfspflichten	409
IV. Konkrete Hilfspflichten	409
V. Binnenmarktinformationssystem	410
§ 8 Konsequenzen einer unzureichenden Umsetzung	411
Entscheidungsverzeichnis	413
Sachverzeichnis	417

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

beck-shop.de

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXXI

1. Teil. Grundlagen des Rechts zum freien Dienstleistungsverkehr in Europa

1

§ 1 Geschichtliche Entwicklungslinien

1

A. Die Erbringung von Dienstleistungen im Altertum

2

I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

2

II. Rechtliche Rahmenbedingungen

3

III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor

3

B. Die Erbringung von Dienstleistungen im Mittelalter

5

I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

5

II. Rechtliche Rahmenbedingungen

6

III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor

7

C. Die Erbringung von Dienstleistungen in der Moderne

9

I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

9

II. Rechtliche Rahmenbedingungen

11

III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor

12

D. Die Erbringung von Dienstleistungen in der Gegenwart

14

I. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

14

II. Rechtliche Rahmenbedingungen

16

III. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor

18

IV. Die Entwicklung des EU-Dienstleistungsrechts im Besonderen

20

1. Primärrecht

20

2. Sekundärrecht

22

§ 2 Ökonomische Grundlagen

27

A. Ökonomisches Dienstleistungsverständnis

28

B. Ökonomische Kennzeichen des Dienstleistungssektors

29

C. Erklärungsansätze der Tertiarisierung

31

I. Angebots- und Nachfragehypothese

31

II. Outsourcing

32

III. Katalysatorfunktion

32

IV. Informations- und Kommunikationstechnologie

33

D. Makroökonomische Implikationen

33

I. Auswirkungen auf die Produktivität

33

II. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

33

E. Internationalisierung der Dienstleistungswirtschaft

35

I. Leistungsformen

35

II. Effekte und Potenziale

36

Inhaltsverzeichnis

III. Reaktionen in der unionalen Rechtsetzung – Die Dienstleistungsrichtlinie	37
1. Transaktionskostensenkung als Liberalisierungsziel	37
2. Unzulänglichkeiten de lege lata	38
3. Erhoffte Effekte	39
4. Modelltheoretische Studien	40
a) Studie von Copenhagen Economics	40
b) Studie von DIW und ifo	40
c) Studie der Wirtschaftsuniversität Wien	41
d) Bewertung	41
5. Umverteilungseffekte	42

2. Teil. Freier Dienstleistungsverkehr und Primärrecht	43
---------------------------------------------------------------	-----------

§ 3 Dienstleistungsfreiheit	43
------------------------------------	-----------

A. Gewährleistungsgehalt	46
---------------------------------	-----------

I. In sachlicher Hinsicht	46
---------------------------	----

1. Dienstleistungsbegriff	46
---------------------------	----

a) Allgemeine Auslegungsgrundsätze	46
------------------------------------	----

b) Entgeltlichkeit	46
--------------------	----

aa) Methodik des Gerichtshofs	46
-------------------------------	----

bb) Wirtschaftsbezug der Tätigkeit	47
------------------------------------	----

cc) Bestehen eines Austauschverhältnisses	48
-------------------------------------------	----

dd) Relevanz von Moralvorstellungen	50
-------------------------------------	----

(1) auf mitgliedstaatlicher Ebene	51
-----------------------------------	----

(2) auf Unionsebene	52
---------------------	----

c) Selbständigkeit	52
--------------------	----

2. Unionsbezug der Tätigkeit	53
------------------------------	----

3. Grenzüberschreitende Tätigkeit	53
-----------------------------------	----

a) Ansässigkeit als entscheidendes Kriterium	53
----------------------------------------------	----

b) Mögliche Fallgruppen	55
-------------------------	----

aa) Aktive Dienstleistungsfreiheit	55
------------------------------------	----

bb) Passive Dienstleistungsfreiheit	55
-------------------------------------	----

cc) Korrespondenzdienstleistungsfreiheit	57
------------------------------------------	----

c) Ausklammerung von Inländerdiskriminierungen	57
------------------------------------------------	----

II. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	58
-------------------------------------------	----

1. Art. 57 Abs. 1 AEUV als Ausgangspunkt	58
------------------------------------------	----

2. Übertragung auf die Grundfreiheitenabgrenzung	58
--------------------------------------------------	----

a) Warenverkehrsfreiheit	58
--------------------------	----

aa) Grundsatz	58
---------------	----

bb) Vorgehen bei hybriden Maßnahmen	59
-------------------------------------	----

(1) Methodik des EuGH	59
-----------------------	----

(2) Trennbarkeit	59
------------------	----

(3) Schwerpunktbestimmung	59
---------------------------	----

b) Niederlassungsfreiheit	62
---------------------------	----

c) Arbeitnehmerfreizügigkeit	66
------------------------------	----

d) Kapitalverkehrsfreiheit	66
----------------------------	----

e) Zahlungsverkehrsfreiheit	68
-----------------------------	----

III. In persönlicher Hinsicht	68
-------------------------------	----

1. Natürliche Personen	68
------------------------	----

2. Juristische Personen	69
-------------------------	----

IV. Bereichsausnahmen	70
-----------------------	----

1. Vorbehalt für die Ausübung öffentlicher Gewalt	70
---------------------------------------------------	----

a) Ratio Legis	70
----------------	----

b) Tatbestand	70
c) Rechtsfolge	73
2. Vorbehalt für das Verkehrswesen	74
B. Beeinträchtigung	78
I. Taugliche Formen	79
1. Belastende Wirkung	79
2. Fallgruppen	80
a) Offene Diskriminierungen	80
b) Verdeckte Diskriminierungen	81
c) Diskriminierung unter EU-Ausländern	83
d) Beschränkungen	84
aa) Definition	84
bb) Marktzugangsbezug als entscheidendes Kriterium	84
(1) Aussagekraft des Art. 57 Abs. 3 AEUV	85
(2) Verbot von Marktzugangsbeschränkungen	85
(3) Gleichlauf von Beschränkungen des Ziel- und Herkunftsstaats	88
cc) Reichweite des Marktzugangskriteriums	89
II. Taugliche Verpflichtungsadressaten	90
1. Staatliche Maßnahmen	90
2. Kollektive Regeln von Verbänden	91
3. Maßnahmen Privater	92
4. Zivilrechtsrelevanz der Dienstleistungsfreiheit	93
C. Rechtfertigung	94
I. Methodik des Gerichtshofs	94
II. Abschließendes Sekundärrecht	95
III. Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	98
1. Sonderregel für Ausländer	98
a) Funktion der Vorschrift	98
b) Anwendungsbereich	99
c) Tatbestand	100
aa) Allgemeines	100
bb) Gesellschaftliches Grundinteresse	100
(1) Mögliche Rechtfertigungsgründe	100
(2) Perspektive	102
cc) Qualifizierter Gefährungsgrad	103
d) Rechtsfolge	104
2. Zwingendes Allgemeininteresse	104
a) Anwendungsbereich	104
b) Zulässige Allgemeinwohlgründe	105
IV. Verhältnismäßigkeit	106
1. Einzelfallorientierung	106
2. Eignung	107
3. Erforderlichkeit	107
a) Einschätzungsprärogative der Mitgliedstaaten	107
b) Fallgruppen	108
aa) Verbot von Doppelkontrollen	108
bb) Kooperationspflicht	113
cc) Verbraucherleitbild	114
dd) Integrationsdichte	116

Inhaltsverzeichnis

4. Angemessenheit	119
5. Verbot willkürlicher Diskriminierungen und verschleierter Beschränkungen	119
D. Sonderfall Schutzpflichten	120
I. Herleitung	120
II. Auswirkungen auf das Vergabeverfahren	121
E. Legalausnahme des Art. 106 Abs. 2 AEUV	123
I. Tatbestand	124
1. Normadressaten	124
a) Erfasste Institutionen	124
b) Vergleich zur Dienstleistungsfreiheit	126
2. Maß der Aufgabenverhinderung	126
II. Rechtsfolge	128
F. Konkurrenz zum Europäischen Wettbewerbsrecht	128
I. Verpflichtungsadressaten der Art. 101 ff. AEUV	128
II. Gewährleistungsgehalt der Art. 101 ff. AEUV	129
III. Auflösung des Konkurrenzverhältnisses	130
§ 4 Bindungen der unionalen Rechtsetzung	135
A. Formelle Bindungen	136
I. Binnenmarktbezogene Kompetenzgrundlagen	137
1. Erleichterung der Dienstleistungserbringung	137
a) Regelungsgegenstand	137
aa) Gegenseitige Anerkennung	137
bb) Koordinierung	139
(1) Bezugspunkt	139
(2) Koordinierungsbegriff	140
(a) Definition	140
(b) Positive Abstimmung	140
(c) Negative Abstimmung	141
cc) Erlass von Verwaltungsverfahren- bzw. Verwaltungsorganisationsrecht	142
dd) Verhältnis von Koordinierung und gegenseitiger Anerkennung	142
b) Grenzüberschreitender Bezug	143
c) Erleichterungserfordernis	144
2. Liberalisierung der Dienstleistungserbringung	145
a) Regelungsgegenstand	146
b) Vorrang produktionsbezogener Liberalisierung	147
II. Verkehrsbezogene Kompetenzgrundlagen	147
1. Binnenverkehrsträger	147
a) Kompetenzgrundlagen	147
b) Berücksichtigungspflicht	148
2. Luft- und Seeschifffahrt	148
III. Schutzzumfangsbezogene Kompetenzgrundlagen	150
B. Materielle Bindungen	152
I. Bindungsgrund	152
II. Bindungsumfang	154
1. Unionsgrundrechte	154
a) Zugunsten des Dienstleistungserbringers	154
aa) Erwerbsbezogene Unionsgrundrechte	154
(1) Sachlicher Schutzbereich	154

(2) Persönlicher Schutzbereich	156
(3) Beeinträchtigung	158
(4) Rechtfertigung	159
(a) Art. 16 EuGR-Charta als Sonderfall?	159
(b) Die Schranken aus Art. 52 EuGR-Charta	160
(aa) Vorbehalt des Gesetzes	160
(bb) Wesensgehaltsgarantie	160
(cc) Verhältnismäßigkeit	160
bb) Eigentumsfreiheit	162
(1) Schutzbereich	162
(2) Eigentumsrelevante Maßnahme	164
(a) Erfordernis einer belastenden Wirkung	164
(b) Beeinträchtigungsformen	165
(3) Rechtfertigung	166
(a) Eigentumsentziehung	167
(b) Nutzungsbeschränkung	167
(c) Verhältnismäßigkeit	168
b) Zugunsten des Dienstleistungsempfängers	169
c) Gleichheitsrechte	171
aa) Verpflichtungsadressaten	171
bb) Anforderungen	171
(1) Vergleichsgruppenbildung	172
(2) Gleich- bzw. Ungleichbehandlung	172
cc) Rechtfertigungsmöglichkeiten	173
(1) Objektiver Rechtfertigungsgrund	173
(2) Verhältnismäßigkeitsprüfung	173
dd) Rechtsfolge	174
2. Querschnittsklauseln	175
a) Allgemeines	175
b) Darstellung	175
aa) Umweltschutz	175
bb) Gesundheitsschutz	177
cc) Verbraucherschutz	178
dd) Produktsicherheit	180
3. Grundfreiheiten	180
a) Union als Verpflichtungsadressat	181
b) Bindungswirkung des Art. 57 Abs. 3 AEUV	183
c) Bindungswirkung der Art. 62, 52 AEUV	184
3. Teil. Freier Dienstleistungsverkehr im Sekundärrecht	185
§ 5 Sekundärrecht im Allgemeinen und Regulierung nationaler Residuen	185
A. Verhältnis der Dienstleistungsrichtlinie zu anderen Unionsakten ..	187
B. Dienstleistungsbegriff	188
I. Definition	188
II. Exemplarische Subsumtion	188
III. Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	190
C. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	191
I. Umfassender Ansatz als Ausgangspunkt	191
II. In horizontaler Hinsicht	191

Inhaltsverzeichnis

1. Auf die gesamte Richtlinie bezogene Ausnahmen	192
a) Nicht wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	192
b) Finanzdienstleistungen	193
aa) Entstehungsgeschichte	193
bb) Ratio Legis	193
cc) Reichweite	193
(1) Struktur	194
(2) Inhalt	194
dd) Umsetzung in nationales Recht	195
ee) Rechtsfolge	196
(1) Banken	196
(2) Wertpapierdienstleistungen	197
(3) Versicherungen	199
(4) Vermittler	201
(5) Reform der europäischen Finanzaufsicht	203
(6) Bedeutung der Dienstleistungsfreiheit	203
c) Elektronische Kommunikationsnetze und zugehörige Dienste	204
aa) Entstehungsgeschichte	204
bb) Ratio Legis	204
cc) Tatbestand	205
dd) Reichweite	206
ee) Rechtsfolge	206
ff) Bedeutung der Art. 56 f. AEUV	209
d) Verkehrsdienstleistungen	209
aa) Entstehungsgeschichte	209
bb) Ratio Legis	209
cc) Reichweite	209
dd) Rechtsfolge	210
(1) Sekundärrecht aufgrund von Art. 91 Abs. 1 AEUV	210
(2) Sekundärrecht aufgrund von Art. 100 Abs. 2 AEUV	212
ee) Bedeutung der Dienstleistungsfreiheit	213
e) Leiharbeitsagenturdienste	213
f) Gesundheitsdienstleistungen	215
aa) Entstehungsgeschichte	215
bb) Ratio Legis	215
cc) Reichweite	215
dd) Rechtsfolge	217
g) Audiovisuelle Dienstleistungen	221
aa) Entstehungsgeschichte	221
bb) Ratio Legis	221
cc) Reichweite	221
(1) Audiovisuelle Dienste	221
(2) Rundfunk	222
dd) Rechtsfolge	222
ee) Bedeutung der Dienstleistungsfreiheit	223
h) Glücksspiele	223
aa) Entstehungsgeschichte	224
bb) Ratio Legis	224
cc) Reichweite	224
dd) Umsetzung ins deutsche Recht	226
ee) Rechtsfolge	227

i) Ausübung öffentlicher Gewalt	235
j) Soziale Dienstleistungen	236
aa) Entstehungsgeschichte	236
bb) Ratio Legis	237
cc) Voraussetzungen	237
dd) Rechtsfolge	239
k) Private Sicherheitsdienste	240
aa) Entstehungsgeschichte	240
bb) Ratio Legis	240
cc) Reichweite	240
dd) Umsetzung ins deutsche Recht	240
ee) Rechtsfolge	242
l) Notare und Gerichtsvollzieher	243
aa) Entstehungsgeschichte	243
bb) Ratio Legis	243
cc) Reichweite	244
dd) Rechtsfolge	244
(1) Notardienste als Ausübung von Hoheitsgewalt	244
(a) Sekundärrechtliche Vorgaben	244
(b) Aussagen der Rechtsprechung	245
(c) Ansichten im Schrifttum	246
(2) Rechtfertigungsfähigkeit von Beeinträchtigungen	247
2. Im Anwendungsbereich beschränkte Ausnahmen	248
a) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	248
aa) Entstehungsgeschichte	248
bb) Ratio Legis	248
cc) Betrauung als zwingende Anforderung	248
dd) Beispielhaft genannte Sekundärrechtsakte	249
(1) Postsektor	249
(2) Elektrizitätssektor	250
(3) Gassektor	252
(4) Wasserverteilung und -versorgung sowie Abwasserbewirtschaftung	252
(5) Abfallbewirtschaftung	254
b) Angelegenheiten, die unter andere Sekundärrechtsakte fallen	254
aa) Entstehungsgeschichte	254
bb) Ratio Legis	256
cc) Begriff der Angelegenheit	256
dd) Erfasste Bereiche	257
(1) Tätigkeiten von Rechtsanwälten	257
(2) Tätigkeiten von Abschlussprüfern	260
(3) Berufsqualifikationsbezogene Tätigkeiten	263
(a) Anwendungsbereich	263
(b) Regelungsinhalt	263
(aa) Marktzugangsrecht	263
(bb) Marktverhaltensrecht	264
(cc) Verwaltungszusammenarbeit	266
(dd) Verhältnis zu anderen Sekundärrechtsakten	266
(c) Verhältnis zu Art. 16	267
(d) Rechtsfolgen	268
(4) Tätigkeiten mit Bezug zur Arbeitnehmer- entsendung	268
(a) Anwendungsbereich	268

Inhaltsverzeichnis

(b) Regelungsinhalt	269
(c) Verhältnis zu Art. 16	270
(d) Rechtsfolgen	270
(5) Tätigkeiten mit Bezug zur Datenverarbeitung	274
(6) Freizügigkeitsbezogene Angelegenheiten	275
(7) Koordinierung der Systeme sozialer Sicherheit	276
(8) Verbringung von Abfällen	278
c) Vorbehalt zugunsten einer Berufsgruppe	280
d) Internationales Privatrecht	281
e) Immaterialgüterrechte	283
f) Zulassung von Leasing-Fahrzeugen	283
g) Gesetzliche vorgeschriebene Notarbeteiligung	285
h) Gerichtliche Beitreibung von Forderungen	286
3. In Art. 16 vorgesehene Ausnahmen	286
III. In vertikaler Hinsicht	287
1. Strukturelle Vorgaben	287
a) Entstehungsgeschichte	287
b) Bedeutungsgehalt	288
c) Struktur	288
2. Nicht betroffene Bereiche	289
a) Privatisierung öffentlicher Dienstleistungserbringer	289
aa) Entstehungsgeschichte	289
bb) Ratio Legis	289
cc) Reichweite	289
dd) Rechtsfolge	290
(1) Auslegung des Merkmals Eigentumsordnung	291
(2) Inhalt des Merkmals Eigentumsordnung	292
(3) Zwischenergebnis	293
b) Liberalisierung bestimmter Dienstleistungssektoren	293
c) Abschaffung von Dienstleistungsmonopolen	294
d) Gewährung von Beihilfen	296
3. Nicht berührte Bereiche	296
a) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	296
b) Kulturelle oder sprachliche Vielfalt/Medienpluralismus	298
c) Strafrecht	300
aa) Entstehungsgeschichte	300
bb) Regelungsziel	300
cc) Regelungsinhalt	300
dd) Rechtsfolge	301
d) Arbeitsrecht	305
e) Soziale Sicherheit	306
aa) Entstehungsgeschichte	306
bb) Ratio Legis	306
cc) Regelungsinhalt	306
dd) Rechtsfolge	307
f) Grundrechte	308
g) Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht	310
4. Steuerrecht	312
5. Internationales Privatrecht	314

§ 6 Die Ausformung des freien Dienstleistungsverkehrs in der Dienstleistungsrichtlinie	316
A. Freiheit der Dienstleistungserbringung	318
I. Entstehungsgeschichte	318
II. Gewährleistungsgehalt	321
1. Dienstleistungserbringer	321
2. Dienstleistungsempfänger	322
3. Grenzüberschreitender Bezug	322
4. Kein Niederlassungsbezug	322
a) Fehlende Niederlassung im Zielstaat	322
aa) Terminologie der Richtlinie	322
bb) Umsetzung in deutsches Recht	323
b) Verfahren bei mehreren Niederlassungen	326
III. Beeinträchtigung	326
1. Bestehen einer Anforderung	326
2. Tauglicher Verpflichtungsadressat	329
IV. Rechtfertigung	330
1. Anforderungen des Art. 16 Abs. 2	330
a) Verbindlichkeitsgrad	330
aa) Meinungsstand	330
bb) Streitentscheid durch Normauslegung	331
cc) Umsetzung in deutsches Recht	335
b) Katalogtatbestände	335
aa) Niederlassungserfordernis	335
bb) Infrastrukturverbot	336
cc) Genehmigungs-, Registrierungs- oder Mitgliedschafts-	
erfordernis	336
dd) Verbot eines Anstellungszwangs	339
ee) Verbot eines Ausweiszwangs	340
ff) Verbot ausrüstungsbezogener Anforderungen	340
gg) Verbot der in Art. 19 genannten Beschränkungen	342
(1) Sachlicher Bezugspunkt der Regelung	342
(2) Persönlicher Bezugspunkt der Regelung	343
2. Diskriminierungsverbot	346
3. Anforderungen des Art. 14	347
a) Anwendbarkeit	347
b) Katalogtatbestände	348
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	352
a) Mögliche Rechtfertigungsgründe	352
aa) Reduktion des Kanons	352
bb) Inhalt des Kanons	353
cc) Primärrechtskonformität	355
(1) Querschnittsklauseln	355
(2) Unionsgrundrechte	356
(3) Dienstleistungsfreiheit	357
b) Eignung und Erforderlichkeit	357
c) Umsetzung in deutsches Recht	360
5. Verwaltungsvollzug	362
a) Kontrollzuständigkeiten	362
b) Brückenfunktion der Amtshilfевorschriften	365
aa) Umsetzungsmechanismus	365

Inhaltsverzeichnis

bb) Inhalt der Art. 28 ff. und Umsetzung in deutsches Recht	367
(1) Allgemeine Amtshilfegrundsätze	367
(a) Begriff	367
(b) Formelle Grenzen	368
(c) Materielle Grenzen	369
(d) Rechtsschutzmöglichkeiten	371
(2) Allgemeine Verpflichtungen, Art. 32 f.	372
(a) Vorwarnungsmechanismus	372
(b) Auskunft über Kompetenz und Zuverlässigkeit	373
(3) Pflichten des Zielstaats gegenüber dem Niederlassungsstaat, Art. 31	374
(4) Pflichten des Niederlassungsstaats gegenüber dem Zielstaat, Art. 29	375
(5) Auffangvorschrift, Art. 28 Abs. 1	377
(6) Binnenmarktinformationssystem, Art. 34 Abs. 1	378
c) Bestehen von Anreizdefiziten?	378
V. Ausnahmen nach den Art. 18, 35	380
1. Tatbestand des Art. 18	380
2. Tatbestand des Art. 35	382
3. Umsetzung in deutsches Recht	384
VI. Verhältnis zu Bestimmungs- und Herkunftslandprinzip	384
VII. Konkurrenz zu Kapitel V	385
1. Im Falle der Vollharmonisierung	385
2. Im Falle der Mindestharmonisierung	386
a) Art. 16 als zweiter Rechtmäßigkeitsfilter	386
b) Art. 16 als zusätzlicher Legitimationsgrund	388
VIII. Widerspruch zu anderen Sekundärrechtsakten	388
B. Freiheit des Dienstleistungsempfangs	391
I. Unzulässige Diskriminierungen	391
1. Allgemeines Diskriminierungsverbot	392
a) Gewährleistungsgehalt	392
b) Beeinträchtigung	392
c) Rechtfertigung	393
2. Verbot der Diskriminierung durch Zugangsbedingungen	394
a) Gewährleistungsgehalt	394
b) Beeinträchtigung	395
c) Rechtfertigung	395
3. Verhältnis zu Art. 20 Abs. 1	396
II. Unzulässige Beschränkungen	396
1. Gewährleistungsgehalt	396
2. Beeinträchtigung	397
a) Diskriminierungsverbot	397
b) Beschränkungsverbot	398
3. Rechtfertigung	399
4. Anwendbarkeit des Art. 18	400
III. Anwendbarkeit des Art. 17	400
C. Bedeutung der Art. 56 f. AEUV	401
I. Rückgriffsmöglichkeiten	401
II. Künftige Bedeutung	401

4. Teil. Umsetzung ins deutsche Recht	405
§ 7 Umsetzungsmaßnahmen	405
A. Gewerberecht	406
I. Materieller Inhalt der in § 4 Abs. 1 GewO enthaltenen Privilegien	406
II. Anwendungsbereich der in § 4 Abs. 1 GewO enthaltenen Privilegien	407
III. Niederlassungsbegriff	407
IV. Auswirkungen auf das Verordnungsrecht	408
B. Verwaltungsverfahrenrecht	408
I. Umsetzungsmechanismus	409
II. Allgemeine Grundsätze	409
III. Allgemeine Hilfspflichten	409
IV. Konkrete Hilfspflichten	409
V. Binnenmarktinformationssystem	410
§ 8 Konsequenzen einer unzureichenden Umsetzung	411
Entscheidungsverzeichnis	413
Sachverzeichnis	417